

3017586

PROCESSING COPY

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs. 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

CONFIDENTIAL

COUNTRY East Germany

REPORT

SUBJECT Verfuegungen und Mitteilungen of
the Ministry of Trade and Supply
(official bulletin)

DATE DISTR. 15 November 1956

25X1

NO. PAGES 1

REQUIREMENT NO. RD

This is UNEVALUATED
InformationDATE OF
INFO.PLACE &
DATE ACQ.

REFERENCES

ENCLOSURE ATTACHED
PLEASE ATTACH

25X1

SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE. APPRAISAL OF CONTENTS TENTATIVE.

issue No. 17, dated 1 September 1956,
of Verfuegungen und Mitteilungen (Directives and Bulletins) of the Ministry of
Trade and Supply. From 1 October 1956 on this bulletin will be issued weekly.
The table of contents is as follows:

- p. 167 - decision of the Kollegium on 13 July 1956 concerning the bases for market research re-organization in retail and wholesale trade of consumer goods.
- p. 172 - additional directives concerning preparatory measures for the price reductions of 2-3 June 1956.
- p. 172 - wage fund reserve for 1956, directive issued 16 August 1956.
- p. 172 - policies concerning the preparation and submission of control sheets (Kontrollblaetter) H-4 and H-5 by 30 September and 31 December 1956.
- p. 173 - corrections to the special order "Mechanization of the Accounting System."
- p. 173 - charge for packaging coffee beans in paper bags.
- p. 174 - technical training of youths in the school year 1956-57.
- p. 174 - computation of the corporate income tax.
- p. 174 - explanation of policies concerning the operative quarterly planning in 1956.
- p. 174 - setting aside director's funds for unplanned work efforts.
- p. 175 - (missing)
- p. 176 - quarterly accounting of the plan for development of the trade network.
- p. 176 - price list for short-distance truck freighting.
- p. 176 - synthetic leather tool bags for bicycles.
- p. 176 - handling of orders for acceptance, payment, and delivery requirements.
- p. 176 - classified ads.

CONFIDENTIAL

25X1

STATE	X	ARMY	X	NAVY	X	AIR	X	FBI		AEC		DRR Ev.	X		
-------	---	------	---	------	---	-----	---	-----	--	-----	--	---------	---	--	--

(Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#")

25X1

CONFIDENTIAL

VERFÜGUNGEN UND MITTEILUNGEN

25X1

des Ministeriums für Handel und Versorgung

1956	Berlin, den 1. September	Nr. 17
------	--------------------------	--------

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite		Seite
Beschluß des Kollegiums vom 13. Juli 1956 über die Grundsätze der Neuorganisation der Bedarfsforschung im sozialistischen Einzelhandel und Konsumgütergroßhandel sowie in den Abt. H. u. V. bei den Räten der Bezirke und Kreise	167	Betr.: Ergänzung zur Richtlinie über die operative Quartalsplanung 1956	174
I. Anweisungen		Betr.: D-Fonds-Bildung für nicht geplante Dienstleistungen	174
Anweisung Nr. 26 56		Betr.: Vordruckwesen des volkseigenen Großhandels — Druck von Rechnungsvordrucken durch den VLV Halle	175
Betr.: Zusätzliche Aufwendungen der Betriebe des staatlichen Groß- und Einzelhandels für die Vorbereitungsarbeiten anlässlich der Preissenkung am 2. und 3. Juni 1956	172	Betr.: Lagerkarte Verkaufskarte GHK für Haushaltwaren und Möbel	175
Anweisung Nr. 27 56		Betr.: Bestell-Listen 1957 für vereinheitlichte Vordrucke GHK	175
Betr.: Lohnfonds-Reserve 1956	172	Betr.: Vordruckwesen der HO — Jahresbestell-Liste EDB	175
Anweisung Nr. 28 56	172	Betr.: Neufestsetzungen beim VEB VLV Berlin	175
II. Mitteilungen		Betr.: Aktivisten-Urkunden	175
Betr.: 1. Richtlinien für die Aufstellung und Einreichung der Kontrollblätter zum Abschluß per 30. 9. 1956	172	Betr.: Vierteljährliche Abrechnung des Planes zur Entwicklung des Handelsnetzes	176
2. Bestellung von Kontrollblättern für die Finanzberichterstattung zum Abschluß per 31. 12. 1956	173	Betr.: Preisrecht des Güternahverkehrs mit Kraftfahrzeugen	176
Betr.: Berichtigung zum Sonderdruck „Mechanisierung des Rechnungswesens“	173	Betr.: Kunstleder-Werkzeugtaschen	176
Betr.: Verpackungszuschlag für Bohnenkaffee in Tüten	173	III. Mitteilungen der Vertragsschiedsstelle	
Betr.: Berufsausbildung der Jugend im Lehrjahr 1956 57	174	Betr.: Behandlung von Anträgen auf Verpflichtung zur Abnahme und Bezahlung sowie zur Lieferung	176
Betr.: Errechnung der Körperschaftsteuer	174	IV. Umsetzungen	177

Beschluß des Kollegiums vom 13. Juli 1956

über die Grundsätze der Neuorganisation der Bedarfsforschung im sozialistischen Einzelhandel und Konsumgütergroßhandel sowie in den Abteilungen Handel und Versorgung bei den Räten der Bezirke und Kreise

Teil A

I. Mit der ständigen Erhöhung der Konsumgüterproduktion bei gleichzeitiger Erweiterung der Sortimente gewinnt die Bedarfsforschung im sozialistischen Handel, den Abteilungen Handel und Versorgung bei den Räten der Bezirke und Kreise sowie im Ministerium für Handel und Versorgung eine immer größere Bedeutung. Neben einer Reihe anderer Faktoren hat die bisher ungenügende Kenntnis des Bedarfs und seiner Entwicklung zu erheblichen Disproportionen zwischen Produktion und Konsumtion geführt, die sich einerseits im unbefriedigten Bedarf der Bevölkerung und andererseits in umfangreichen Überplanbeständen widerspiegeln. Derartige Disproportionen hemmen in starkem Maße die volle Ausschöpfung aller produktions- und handelsseitigen Möglichkeiten zur weiteren ständigen Erhöhung des materiellen Lebensniveaus der Bevölkerung und führen zu großen volkswirtschaftlichen Verlusten.

Die Bedarfsforschung muß zum wichtigsten Mittel der Herbeiführung einer weitgehenden Übereinstimmung zwischen Produktion und Konsumtion werden.

II. Die gegenwärtige Bedarfsforschung, sowohl im Ministerium für Handel und Versorgung, in den Abteilungen Handel und Versorgung bei den Räten der Bezirke und Kreise als auch im Handel selbst ist ihrer Aufgabe bisher nur ungenügend gerecht geworden.

1. Die ungenügende Arbeit auf dem Gebiet der Bedarfsforschung ist sowohl auf ihre hinter der allgemeinen Entwicklung zurückgebliebenen Organisation und Methodik als auch auf die nur ungenügende und unregelmäßige Mitarbeit der im Ministerium für Handel und Versorgung, in den Abteilungen Handel und Versorgung bei den Räten der Bezirke und Kreise und im Handel selbst Beschäftigten zurückzuführen. Über die Bedeutung und die Aufgaben der Bedarfsforschung herrscht noch nicht bei allen Funktionären und Mitarbeitern des Handels ausreichende

Achtung! Wichtigen Hinweis auf Seite 173 beachten!

25X1

167

CONFIDENTIAL

VERFÜGUNGEN UND MITTEILUNGEN

25X1

des Ministeriums für Handel und Versorgung

1956	Berlin, den 1. September	Nr. 17
------	--------------------------	--------

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite		Seite
Beschluß des Kollegiums vom 13. Juli 1956 über die Grundsätze der Neuorganisation der Bedarfsforschung im sozialistischen Einzelhandel und Konsumgütergroßhandel sowie in den Abt. H. u. V. bei den Räten der Bezirke und Kreise	167	Betr.: Ergänzung zur Richtlinie über die operative Quartalsplanung 1956	174
I. Anweisungen		Betr.: D-Fonds-Bildung für nicht geplante Dienstleistungen	174
Anweisung Nr. 26/56		Betr.: Vordruckwesen des volkseigenen Großhandels — Druck von Rechnungsvordrucken durch den VLV Halle	175
Betr.: Zusätzliche Aufwendungen der Betriebe des staatlichen Groß- und Einzelhandels für die Vorbereitungsarbeiten anlässlich der Preissenkung am 2. und 3. Juni 1956	172	Betr.: Lagerkarte/Verkaufskarte GHK für Haushaltswaren und Möbel	175
Anweisung Nr. 27/56		Betr.: Bestell-Listen 1957 für vereinheitlichte Vordrucke GHK	175
Betr.: Lohnfonds-Reserve 1956	172	Betr.: Vordruckwesen der HO — Jahresbestell-Liste EDB	175
Anweisung Nr. 28/56	172	Betr.: Neufestsetzungen beim VEB VLV Berlin	175
II. Mitteilungen		Betr.: Aktivisten-Urkunden	175
Betr.: 1. Richtlinien für die Aufstellung und Einreichung der Kontrollblätter zum Abschluß per 30. 9. 1956	172	Betr.: Vierteljährliche Abrechnung des Planes zur Entwicklung des Handelsnetzes	176
2. Bestellung von Kontrollblättern für die Finanzberichterstattung zum Abschluß per 31. 12. 1956	173	Betr.: Preisrecht des Güternahverkehrs mit Kraftfahrzeugen	176
Betr.: Berichtigung zum Sonderdruck „Mechanisierung des Rechnungswesens“	173	Betr.: Kunstleder-Werkzeugtaschen	176
Betr.: Verpackungszuschlag für Bohnenkaffee in Tüten	173	III. Mitteilungen der Vertragsschiedsstelle	
Betr.: Berufsausbildung der Jugend im Lehrjahr 1956/57	174	Betr.: Behandlung von Anträgen auf Verpflichtung zur Abnahme und Bezahlung sowie zur Lieferung	176
Betr.: Errechnung der Körperschaftssteuer	174	IV. Umsetzungen	177

Beschluß des Kollegiums vom 13. Juli 1956

über die Grundsätze der Neuorganisation der Bedarfsforschung im sozialistischen Einzelhandel und Konsumgütergroßhandel sowie in den Abteilungen Handel und Versorgung bei den Räten der Bezirke und Kreise

Teil A

I. Mit der ständigen Erhöhung der Konsumgüterproduktion bei gleichzeitiger Erweiterung der Sortimente gewinnt die Bedarfsforschung im sozialistischen Handel, den Abteilungen Handel und Versorgung bei den Räten der Bezirke und Kreise sowie im Ministerium für Handel und Versorgung eine immer größere Bedeutung. Neben einer Reihe anderer Faktoren hat die bisher ungenügende Kenntnis des Bedarfs und seiner Entwicklung zu erheblichen Disproportionen zwischen Produktion und Konsumtion geführt, die sich einerseits im unbefriedigten Bedarf der Bevölkerung und andererseits in umfangreichen Überplanbeständen widerspiegeln. Derartige Disproportionen hemmen in starkem Maße die volle Ausschöpfung aller produktions- und handelsseitig gegebenen Möglichkeiten zur weiteren ständigen Erhöhung des materiellen Lebensniveaus der Bevölkerung und führen zu großen volkswirtschaftlichen Verlusten.

Die Bedarfsforschung muß zum wichtigsten Mittel der Herbeiführung einer weitgehenden Übereinstimmung zwischen Produktion und Konsumtion werden.

II. Die gegenwärtige Bedarfsforschung, sowohl im Ministerium für Handel und Versorgung, in den Abteilungen Handel und Versorgung bei den Räten der Bezirke und Kreise als auch im Handel selbst ist ihrer Aufgabe bisher nur ungenügend gerecht geworden.

1. Die ungenügende Arbeit auf dem Gebiet der Bedarfsforschung ist sowohl auf ihre hinter der allgemeinen Entwicklung zurückgebliebenen Organisation und Methodik als auch auf die nur ungenügende und unregelmäßige Mitarbeit der im Ministerium für Handel und Versorgung, in den Abteilungen Handel und Versorgung bei den Räten der Bezirke und Kreise und im Handel selbst Beschäftigten zurückzuführen.

Über die Bedeutung und die Aufgaben der Bedarfsforschung herrscht noch nicht bei allen Funktionären und Mitarbeitern des Handels ausreichende

Achtung! Wichtigen Hinweis auf Seite 173 beachten!

107

25X1

CONFIDENTIAL

eine immer bessere Befriedigung des Bedarfs zu erzielen, sowie einen schnellen und reibungslosen Warenfluß bei niedrigsten Kosten und geringsten Verlusten zu organisieren.

2. Zur Lösung der Aufgaben der Bedarfsforschung ist eine genaue Registrierung des befriedigten, unbefriedigten und entstehenden Bedarfs durchzuführen. Weiterhin sind alle Faktoren exakt zu ermitteln, die sowohl den Umfang und die Struktur des Bedarfs selbst als auch den Grad seiner Befriedigung bestimmen.

Auf Grund der genauen Erfassung des befriedigten, unbefriedigten und entstehenden Bedarfs, seiner Entwicklung und Veränderung sind Schlüsse auf den Gesamtbedarf zu ziehen und der Grad der jeweils erreichten Befriedigung zu ermitteln.

Zur Erforschung des künftigen Bedarfs auf wissenschaftlicher Grundlage ist der ermittelte Gesamtbedarf der Bevölkerung auf die ihn bestimmenden Faktoren zurückzuführen und somit das Wesen und die Ursachen des Bedarfs und seiner Entwicklung aufzudecken. Durch die Zurückführung des sich zeigenden Bedarfs auf die ihn bestimmenden Faktoren, durch die Analyse der Beziehungen zwischen dem Bedarf und den Gegebenheiten und Voraussetzungen, unter denen und an Hand derer er sich herausbildet und gestaltet, ist die reale Einschätzung der künftigen weiteren Entwicklung des Bedarfs vorzunehmen.

3. Die Ergebnisse der Bedarfsforschung sind sowohl zur Ausarbeitung der Handelspläne, insbesondere der Warenumsatz- und Warenbereitstellungspläne heranzuziehen als auch für den Vertragsabschluß, die Warenbereitstellung und den Wareneinkauf zu verwenden.

Auf der Grundlage der Ergebnisse der Bedarfsforschung sind konkrete Hinweise für die ständige Verbesserung und Erweiterung der Sortimente, sowie Verbesserung der Warenqualität zu geben, und entsprechende Forderungen an die Produktion zu stellen.

Darüber hinaus sind weitere Maßnahmen zu formulieren, die ergriffen und durchgeführt werden müssen, um eine stets verbesserte Versorgung der Bevölkerung zu sichern, damit zugleich einen reibungslosen Warenfluß zu ermöglichen und die Bildung von Überplanbeständen zu vermeiden. Dazu gehören insbesondere die Fragen der Preisplanung und -bildung, der Handelsnetzplanung, Werbung usw.

III. Der Kreis der in die Bedarfsforschung einzubeziehenden Organe des Handels

In die Bedarfsforschung sind einzubeziehen:

- sämtliche Verkaufsstellen, Betriebsstätten und Betriebe des gesellschaftlichen Einzelhandels (ihre Einbeziehung hat schrittweise zu erfolgen),
- die zentralen und örtlichen Industrieläden,
- sämtliche Niederlassungen und Verwaltungen der Großhandelskontore,
- der konsumgenossenschaftliche Großhandel,
- der VDK und die Bezirksverbände der Konsumgenossenschaften,
- die Industrie- und Handelskammer der DDR und von Groß-Berlin mit ihren Bezirksdirektionen und Außenstellen,
- alle Abteilungen Handel und Versorgung bei den Räten der Bezirke und Kreise sowie das Ministerium für Handel und Versorgung.

IV. Die Aufgaben der Verkaufsstellen und Betriebe des gesellschaftlichen Einzelhandels im Rahmen der Bedarfsforschung.

Die Verkaufsstellen und Betriebe des sozialistischen Einzelhandels sind verantwortlich für die Ermittlung des auf sie entfallenden Bedarfs der Bevölkerung in den einzelnen Waren des von ihnen gehandelten Sortiments. Eine solche Ermittlung ist notwendig für eine dem Bedarf entsprechende Planung und Warenbestellung und einem dem Bedarf entsprechenden Wareneinkauf im Rahmen der Pläne.

Die Bedarfsermittlung im gesellschaftlichen Einzelhandel ist nach folgenden Gesichtspunkten zu gestalten:

1. Die Aufgaben der Verkaufsstellen.

Die Verkaufsstellen des gesellschaftlichen Einzelhandels haben die Ermittlung

a) des befriedigten Bedarfs,

b) des unbefriedigten und entstehenden Bedarfs und

c) der Einstellung der Käufer zu den einzelnen Waren durchzuführen. 25X1

Darüber hinaus hat eine ständige Beobachtung der Bestandsentwicklung zu erfolgen.

Die Ermittlungsergebnisse sind in übersichtlicher Form zu registrieren. Die Form der Registrierung sowie die Nomenklatur, in der die Ermittlungen durchzuführen sind, sind von den einzelnen Betrieben in eigener Verantwortung festzulegen. Es ist in jedem Falle zu sichern, daß auf Grund der Bedarfsermittlung in den Verkaufsstellen exakte Unterlagen für die Warenbestellungen und den Wareneinkauf geschaffen werden. Die Verkaufsstellenleiter sind verpflichtet, die Ermittlungsergebnisse täglich auszuwerten. Besonderes Augenmerk ist dabei auf sich zeigende Schwankungen und Veränderungen im Umsatz der einzelnen Ware zu legen. Die Ursachen dafür sind sofort in Verbindung mit den Verkaufskräften zu untersuchen. Entsprechende Maßnahmen sind sofort einzuleiten. Von besonderer Wichtigkeit ist die genaue Beachtung aller Hinweise und Wünsche der Kunden.

Die Verkaufsstellenleiter sind verpflichtet, mindestens wöchentlich einmal eine Auswertung der Ermittlungsergebnisse mit allen Verkaufskräften vorzunehmen. Diese Auswertung muß sich insbesondere auf die künftigen Warenbestellungen und Wareneinkäufe der Verkaufsstelle auswirken.

Für die Durchführung aller oben genannten Maßnahmen sind die Verkaufsstellenleiter verantwortlich.

Die Abt. Bedarfsforschung des Ministeriums für Handel und Versorgung ist verpflichtet, in einer Reihe von Verkaufsstellen verschiedener Branchen und verschiedenen Grades der Spezialisierung Musterbeispiele für die Organisierung und Durchführung der Bedarfsermittlung zu schaffen. Dabei hat sie sich insbesondere auf die Erarbeitung einfacher, arbeitssparender Methoden und zweckmäßiger Arbeitsmittel zu konzentrieren.

Diese Musterbeispiele sind vor allem mittels der Fachpresse (Zeitschrift „Der Handel“ und „Handelswoche“) zu popularisieren. Bei voller praktischer Bewährung der erarbeiteten und erprobten Methoden sind diese schrittweise obligatorisch einzuführen.

2. Die Aufgaben der Betriebe.

Die Betriebe haben das Material der Verkaufsstellen gewissenhaft auszuwerten. Sie haben aus diesem Material ihre operativen Maßnahmen innerhalb ihres eigenen Verkaufsstellennetzes abzuleiten und in Angriff zu nehmen. Insbesondere sind aus den Unterlagen der Verkaufsstellen die notwendigen Maßnahmen zur Beeinflussung des Großhandels zwecks Sicherung einer bedarfsgerechten Warenbereitstellung abzuleiten. Das von den Verkaufsstellen erarbeitete Material ist bei der Ausarbeitung der Planvorschläge und insbesondere bei der Aufteilung der Pläne auf die Verkaufsstellen heranzuziehen. Es ist weiterhin als Grundlage für den Abschluß der Sammelverträge zu verwenden.

Die Kreisbetriebe sind verpflichtet, quartalsweise den Abteilungen Handel und Versorgung bei den Räten der Kreise einen Bericht zu geben, der auf folgende Fragen Antwort gibt:

- In welchen Positionen der Nomenklatur IV zum Warenbereitstellungsplan kann aus der realisierten Warenbereitstellung des Betriebes der Bedarf der Bevölkerung durch die Verkaufsstellen nicht befriedigt werden?

Bei jeder der genannten Positionen sind anzugeben:

Warenbereitstellung — Plan

Warenbereitstellung — Ist

Umfang des unbefriedigten Bedarfs.

Worin liegen die Ursachen für die Nichtbefriedigung des Bedarfs?

Welche Maßnahmen sind durch die Abteilung Handel und Versorgung beim Rat des Kreises oder andere Organe zu treffen, um künftig die Befriedigung des Bedarfs zu sichern?

- In welchen Positionen der Nomenklatur IV zum Warenbereitstellungsplan bilden sich Überplanbestände?

CONFIDENTIAL

25X1

Bei jeder der genannten Positionen sind anzugeben:
 Warenbereitstellung — Plan
 Warenbereitstellung — Ist
 Umfang des Überplanbestandes.
 Worin bestehen die Ursachen der Bildung des Überplanbestandes?
 Welche Maßnahmen sind durch die Abteilung Handel und Versorgung beim Rat des Kreises oder andere Organe zu treffen, um die Überplanbestände zu beseitigen bzw. die Bildung neuer zu vermeiden?

Für die Durchführung der Bedarfsermittlung in den Betrieben und die Ausarbeitung der Berichte sind die Direktoren der Betriebe verantwortlich.
 Die damit verbundenen Aufgaben sind dem Planungsleiter zu übertragen.

V. Die Aufgaben der Niederlassungen und Verwaltungen der Großhandelskontore im Rahmen der Bedarfsermittlung.

Die Niederlassungen und Verwaltungen der Großhandelskontore sind verantwortlich für die Ermittlung des Bedarfs der von ihnen zu beliefernden Einzelhandelsbetriebe bzw. Verkaufsstellen in den einzelnen Waren. Eine solche Ermittlung ist notwendig für einen dem Bedarf entsprechenden Vertragsabschluß mit der Produktion und die laufende weitere Beeinflussung der Produktion.

1. Die Bedarfsermittlung der Niederlassungen gliedert sich:

In die laufende Kontrolle der Warenbewegung und Bestandsentwicklung,
 in das Studium und die gewissenhafte Auswertung der Forderungen, Warenbestellungen, Wareneinkäufe und sonstigen Hinweise des Einzelhandels,
 in die systematische Auswertung der Tätigkeit und Erfahrungen der Außenvertreter.
 Die Außenvertreter haben vor allem in den von ihnen besuchten Verkaufsstellen deren Sortimente auf ihre Vollständigkeit zu überprüfen und sich über die Bildung von Überplanbeständen, über Schwankungen im Bedarf, das Ausmaß des unbefriedigten Bedarfs und Einstellung der Kunden zu den einzelnen Waren zu informieren.

Die Niederlassungen der Großhandelskontore sind verpflichtet, quartalsweise an die Abteilungen Handel und Versorgung bei den Räten der Bezirke und an ihre Verwaltung einen Bericht zu geben, der auf folgende Fragen Antwort gibt:

- a) In welchen Positionen der Nomenklatur V zum Warenbereitstellungsplan können die Forderungen des Einzelhandels nicht erfüllt werden?
 Umfang der nicht zu erfüllenden Forderungen.
 Worin liegen die Ursachen für die Nichtbefriedigung der Forderungen?
 Welche Maßnahmen sind von den Verwaltungen oder den staatlichen Organen zu treffen, um die Befriedigung der Forderungen des Einzelhandels künftig zu sichern?
- b) In welchen Positionen der Nomenklatur V zum Warenbereitstellungsplan bilden sich Überplanbestände?
 Umfang der Überplanbestände.
 Worin bestehen die Ursachen der Bildung der Überplanbestände?
 Welche Maßnahmen sind von den Verwaltungen oder den staatlichen Organen zu treffen, um die Überplanbestände zu beseitigen bzw. die Bildung neuer zu vermeiden?

Die Niederlassungen der Großhandelskontore sind weiterhin verpflichtet, unabhängig von den Quartalsberichten alle plötzlichen und wesentlichen Veränderungen in der Nachfrage schnellstens ihren Verwaltungen zu melden, damit sofort entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden können.

Für die Durchführung der Bedarfsermittlung in den Niederlassungen der Großhandelskontore sind die Niederlassungsleiter verantwortlich.

Die damit verbundenen Aufgaben sind dem Planungsleiter zu übertragen.

2. Die Verwaltungen der Großhandelskontore sind verpflichtet, die Quartalsberichte ihrer Niederlassungen gewissenhaft auszuwerten. Sie haben die Quartals-

berichte zusammenzufassen und mit ihrer eigenen Stellungnahme der Abteilung Bedarfsermittlung des Ministeriums für Handel und Versorgung zu übergeben.

In diesen Berichten ist auf die gleichen Fragen einzugehen, wie unter Punkt 1 a) und b) aufgeführt.

VI. Die Aufgaben der Abteilungen Handel und Versorgung bei den Räten der Bezirke und Kreise im Rahmen der Bedarfsermittlung.

Die Abteilungen Handel und Versorgung bei den Räten der Bezirke und Kreise sind verantwortlich für die Erforschung des Bedarfs der Bevölkerung in der Nomenklatur IV des Warenbereitstellungsplanes.

Eine solche Bedarfsermittlung ist notwendig für die Ausarbeitung der Umsatz- und Warenbereitstellungspläne sowie für die operative Anleitung und Kontrolle der Handelsorgane.

Während sich die Bedarfsermittlung im Handel auf die Ermittlung des Bedarfs in den einzelnen Waren begrenzter Gruppen konzentriert und in erster Linie den Zwecken des Handels selbst dient, haben die Abteilungen Handel und Versorgung bei den Räten der Bezirke und Kreise das Schwergewicht ihrer Untersuchungen auf die Erforschung des Bedarfs in allen Positionen der Nomenklatur IV des Warenbereitstellungsplanes zu legen. Dabei dürfen sie sich nicht auf die Erforschung des mengenmäßigen Bedarfs und die Untersuchung des mengenmäßigen Verhältnisses der einzelnen Positionen zueinander beschränken. Sie haben bei ihren Untersuchungen im gleichen Maße die Wertseite des Warenangebotes und des Bedarfs zu beachten und zugleich damit den Einfluß der Wirkung des Wertgesetzes auf die Gestaltung der Bedarfsstruktur zu analysieren.

Auf der Grundlage der genauen Kenntnis der Faktoren, die sowohl den Bedarf der Bevölkerung selbst als auch den Grad seiner Befriedigung bestimmen, sowie auf Grund einer eingehenden Analyse der Planabrechnungen der Handelsorgane und ihrer Berichte über den unbefriedigten Bedarf und die Bestandsbildung haben sie eine exakte mengenmäßige und wertmäßige Einschätzung des Bedarfs der Bevölkerung in ihrem Gebiet zu treffen. Sie haben dabei insbesondere die Aufgabe einer exakten Einschätzung der künftigen weiteren Entwicklung des Bedarfs nach den Positionen der Nomenklatur IV des Warenbereitstellungsplanes.

1. Die Abteilungen Handel und Versorgung bei den Räten der Kreise sind verpflichtet, quartalsweise an die Abteilungen Handel und Versorgung bei den Räten der Bezirke einen Bericht zu geben, der auf folgende Fragen Antwort gibt:

- a) In welchen Positionen der Nomenklatur IV zum Warenbereitstellungsplan kann aus der realisierten Warenbereitstellung des Kreises der Bedarf der Bevölkerung durch den Handel nicht gedeckt werden?

Bei jeder der genannten Positionen sind anzugeben:

Warenbereitstellung — Plan

Warenbereitstellung — Ist

Umfang des unbefriedigten Bedarfs.

Worin liegen die Ursachen für die Nichtbefriedigung des Bedarfs?

Welche Maßnahmen sind durch die staatlichen Organe zu treffen, um die Befriedigung des Bedarfs künftig zu sichern?

- b) In welchen Positionen der Nomenklatur IV zum Warenbereitstellungsplan bilden sich Überplanbestände?

Bei jeder der genannten Positionen sind anzugeben:

Warenbereitstellung — Plan

Warenbereitstellung — Ist

Umfang des Überplanbestandes.

Worin bestehen die Ursachen der Bildung des Überplanbestandes?

Welche Maßnahmen sind durch die staatlichen Organe zu ergreifen, um die Überplanbestände zu beseitigen bzw. die Bildung neuer zu vermeiden?

Diese Berichte der Abteilungen Handel und Versorgung bei den Räten der Kreise dürfen sich nicht auf die einfache Zusammenfassung der Berichte der

Handelsgüter beschreiben, sondern müssen die letzten Erkenntnisse der Abteilungen in das Wesen und die Struktur des Bedarfs widerspiegeln.

Die Abteilungen Handel und Versorgung bei den Räten der Bezirke sind verpflichtet, quartalsweise einen gleichen Bericht an die Abteilung Bedarfsforschung des Ministeriums für Handel und Versorgung zu geben. Sie haben ebenfalls die Aufgabe, über die Zusammenfassung der Berichte der Kreise hinaus ihre eigenen letzten Erkenntnisse in diese Berichte einzubringen.

Für die gesamte Bedarfsforschung in den Abteilungen Handel und Versorgung bei den Räten der Bezirke und Kreise sind die Abteilungsleiter verantwortlich. Die Organisation der Arbeiten innerhalb der Abteilungen ist von ihnen in eigener Verantwortung festzulegen. Die Federführung in der gesamten Bedarfsforschung ist den Unterabteilungsleitern Planung bzw. den Referatsleitern Planung zu übertragen.

VII. Die Einbeziehung der örtlichen und zentralen Industriekäden.

Die Abteilung Bedarfsforschung des Ministeriums für Handel und Versorgung erhält nach Übereinkunft mit den Produktionsministerien von den zentralen Industriekäden eine Durchschrift ihrer Monatsberichte und ist verpflichtet, diese Berichte gewissenhaft auszuwerten. Die Abteilungen Handel und Versorgung bei den Räten der Kreise sind verpflichtet, eine gleiche Übereinkunft in Bezug auf die Monatsberichte der örtlichen Industriekäden mit den Leitenden zu treffen und diese Berichte ebenfalls gewissenhaft auszuwerten.

VIII. Die Einbeziehung des genossenschaftlichen Einzel- und Großhandels in die Bedarfsforschung.

Nach Abstimmung mit dem Verband Deutscher Konsumgenossenschaften erhält dieser eine Richtlinie über die Durchführung der Bedarfsforschung im genossenschaftlichen Groß- und Einzelhandel, die auf der Ebene der Abteilungen Handel und Versorgung bei den Räten der Bezirke und Kreise eine weitgehende Einbeziehung der Ergebnisse der Bedarfsforschung des genossenschaftlichen Handels sichert.

Sie stellt eine quartalsweise Berichterstattung der Kreisverbände an die Abteilungen Handel und Versorgung bei den Räten der Kreise und eine quartalsweise Berichterstattung der Bezirksverbände an die Abteilungen Handel und Versorgung bei den Räten der Bezirke vor, die im wesentlichen den gleichen Inhalt hat, wie in den vorstehenden Grundsätzen für den staatlichen Einzelhandel festgelegt.

IX. Die Einbeziehung des privaten Handels in die Bedarfsforschung.

Die Einbeziehung des privaten Handels in die Bedarfsforschung erfolgt in der gleichen Weise wie bisher über die Industrie- und Handelskammer der DMK mit ihren Bezirksdirektionen und Außenstellen und die Industrie- und Handelskammer von Groß Berlin.

Eine Veränderung ist in Abstimmung mit der Industrie- und Handelskammer in der Form vorgenommen, daß ab 2. Halbjahr 1926 an Stelle der Monatsberichte Quartalsberichte treten.

Die Abteilungen Handel und Versorgung bei den Räten der Kreise und Bezirke sowie die Abteilung Bedarfsforschung des Ministeriums sind verpflichtet, die Quartalsberichte der Industrie- und Handelskammer gewissenhaft auszuwerten und in ihren Berichten zu berücksichtigen.

X. Die repräsentative Bedarfsermittlung.

Für die Durchführung der repräsentativen Bedarfsermittlung durch die Abteilung Bedarfsforschung des Ministeriums für Handel und Versorgung gilt die in den „Verfügungen und Mitteilungen“ Nr. 1030, S. 101, veröffentlichte Richtlinie über die Veränderung in der Art der Durchführung der repräsentativen Bedarfsermittlung vom 23. April 1926.

In Abänderung dieser Richtlinie ist, außer den Abteilungen Handel und Versorgung bei den Räten der Kreise,

auch durch der Räte der Bezirke ein Komplex der Bedarfsforschung durch die beauftragten Kreisstellen zur Auswertung zu geben.

XI. Die Aufgaben des Ministeriums für Handel und Versorgung im Rahmen der Bedarfsforschung.

Die Durchführung der Bedarfsforschung im Ministerium für Handel und Versorgung erfolgt durch die Abteilung Bedarfsforschung im Bereich Planung und Preise.

Die Abteilung Bedarfsforschung hat eine gewissenhafte Auswertung der Berichte der Abteilungen Handel und Versorgung bei den Räten der Bezirke, der Verwaltungen der Großhandelskassen, der zentralen Industriekäden, der Industrie- und Handelskammer und der Planabteilungen vorzunehmen und durch repräsentative Ermittlungen im Groß- und Einzelhandel sowie unter der Bevölkerung selbst zu ergänzen und zu kontrollieren.

Die Ergebnisse dieser Auswertung hat die Abteilung Bedarfsforschung in folgenden Berichten niederzulegen:

- Quartalsbericht über die Bedarfsdeckung in der DMK und in den einzelnen Bezirken mit Schlussfolgerungen für die Umsatz- und Warenplanung sowie Beeinflussung der Produktion und Veränderungen in der Handelsstätigkeit,
- Quartalsbericht über den Einfluß der Preise auf die Bedarfsentwicklung und Bedarfsdeckung sowie auf die Warenbewegung mit Schlussfolgerungen für die Preisplanung und -bildung.

Diese Berichte sind den zuständigen Hauptabteilungen und Abteilungen zur weiteren Auswertung und Veranlassung zu übergeben. Diese sind verpflichtet, innerhalb kürzester Frist gegenüber der Abteilung Bedarfsforschung zu den als betreffenden Fragen Stellung zu nehmen.

Die Abteilung Bedarfsforschung ist verpflichtet, monatlich in den „Verfügungen und Mitteilungen“ einen Bericht über die Ergebnisse der Auswertung der Bedarfsforschung zu geben.

Sie hat darüber hinaus zumindest einmal im Monat in der Zeitschrift „Handelswoche“ einen Bericht über die Arbeit auf dem Gebiet der Bedarfsforschung zu geben. Hierbei ist der Schwerpunkt auf die Darstellung der wichtigsten Ergebnisse der Bedarfsforschung sowie der verschiedenen sich in der Praxis bewährten Methoden der Bedarfsforschung zu legen.

Die Abteilung Bedarfsforschung hat weiterhin Grundlagendmaterial für die Ausarbeitung von Perspektivplänen der Warenbeschaffung zu erstellen und der HA Warenplanung zur Verfügung zu stellen. Sie hat ferner Untersuchungen über die Struktur des Bedarfs gegenüber den Kontinenten zum Abschluß entsprechender Handelsverträge anzustellen und die Ergebnisse dem Reich Großhandel und Verwaltung der Warenlands zur Verfügung zu stellen.

Über die eigentliche Erforschung des Bedarfs hinaus hat die Abteilung Bedarfsforschung die Aufgabe der ständigen Weiterentwicklung und Verbesserung der Methoden der Bedarfsermittlung und Bedarfsermittlung in den staatlichen Organen und im Handel.

Sie hat die staatlichen Organe und Handelsbetriebe in der Durchführung der Bedarfsforschung und Bedarfsermittlung anzuleiten, zu unterstützen und zu kontrollieren.

Die Abteilung Bedarfsforschung hat regelmäßig mit Vertretern des Verbandes Deutscher Konsumgenossenschaften, der Industrie- und Handelskammer der DMK sowie der Bereiche Großhandel und Verwaltung der Warenlands und Einzelhandel einen Erfahrungsaustausch über die Arbeit auf dem Gebiet der Bedarfsforschung zu organisieren. Dieser Erfahrungsaustausch hat der weiteren Verbesserung der gesamten Arbeit auf dem Gebiet der Bedarfsforschung zu dienen.

Vierteljährlich ist im Kollegium durch die Abteilung Bedarfsforschung des Ministeriums über die Bedarfsforschung und ihre Ergebnisse zu berichten. Hierin sind Vertreter der Presse, der Handelsbetriebe und der Produktion einzuladen.

Diese Sitzungen des Kollegiums sind in der Regel in Handels- oder Produktionsbetrieben abzuhalten.

— Fortg. d. Redg.

Nr. 1. H. v. V.

Abt. 11/10

ANWEISUNGEN **CONFIDENTIAL**

— 5012 —

Berlin, den 19. Juli 1956

Anweisung Nr. 26/56

Betr.: Zusätzliche Aufwendungen der Betriebe des staatlichen Groß- und Einzelhandels für die Vorbereitungsarbeiten anlässlich der Preissenkung am 2. und 3. Juni 1956

Bei der Durchführung der Vorbereitungsarbeiten für die letzte Preissenkung am 2. und 3. Juni 1956 wurden von vielen Handelsbetrieben Mittel aus dem Direktorfonds verausgabt, um die Verabreichung von Getränken und Speisen an Mitarbeiter, von denen bei der Preissenkung Überstunden geleistet wurden, zu finanzieren.

Auf Grund der mit dem Ministerium der Finanzen durchgeführten Verhandlungen weise ich daher für die Betriebe des volkseigenen Groß- und Einzelhandels folgendes an:

1. Sofern aus Anlaß der Preissenkung am 2. und 3. Juni 1956 für die Mitarbeiter, die Überstunden geleistet haben, Speisen und Getränke aus Mitteln des Direktorfonds verabreicht wurden, können für jeden Mitarbeiter bis zu 2.— DM unter Belastung des Kontos 300 dem Direktor-Fonds wieder zugeführt werden.
2. Diese Beträge sowie die überhöhten Aufwendungen für die Zahlung von Überstunden — einschließlich Zuschläge und Sozialversicherungsanteile — sind der übergeordneten Verwaltung umgehend zu melden. Die Hauptbuchhalter der übergeordneten Verwaltung haben den Betrieben diese Beträge zu bestätigen und die Genehmigung zur Eliminierung zu erteilen. Damit entstehen den Betrieben keine Nachteile bei der Beurteilung der Kosteninanspruchnahme.
3. Die Hauptbuchhalter der Betriebe sind verantwortlich für die Richtigkeit der unter Wahrung des Prinzips der strengsten Sparsamkeit ermittelten Eliminierungsbeträge.

I. V.

Dressel
Staatssekretär

— Verfg. u. Mittlg.

Min. f. H. u. V.

Heft 17/56 —

— 5410 —

Berlin, den 16. August 1956

Anweisung Nr. 27/56

Betr.: Lohnfonds-Reserve 1956

Um eine einheitliche Behandlung der Lohnfonds-Reserve der Betriebe des staatlichen Einzelhandels, der Räte der Bezirke und der Hauptverwaltungen der HO zu gewährleisten, wird mit Zustimmung der Staatlichen Plankommission, des Ministeriums der Finanzen und der Deutschen Notenbank folgendes angewiesen:

1. Die an einen Betrieb ausgereichte Lohnfonds-Reserve entsprechend der Anweisung Nr. 2/56 vom 2. Februar 1956 betr. Durchführung der Kontrolle über die Inanspruchnahme des Lohnfonds der volkseigenen Einzelhandelsbetriebe (HO) 1956 (Verfg. u. Mittlg. 3/56, S. 21) dient gegenüber der Deutschen Notenbank lediglich als Berechtigung einer Überschreitung des Lohnfonds in der gleichen Höhe. Eine Geldbewegung findet nicht statt.
2. Die ausgereichte Lohnfonds-Reserve kann in den folgenden Monaten ganz oder teilweise vom Betrieb wieder freigesetzt werden, wenn die auflaufende Erfüllung des Umsatzes bzw. des Handelsertrages höher ist als zur Zeit der Ausreichung.
3. Der planmäßige Lohnfonds ist um die ausgereichte Lohnfonds-Reserve statistisch zu erhöhen.
4. Der um die Reserve erhöhte Lohnfonds ist im Betrieb und in der zusammenfassenden Einheit Abrechnungsgrundlage für den Finanzbericht, Zeilen 7—16.

Borrmann

Stellvertreter des Ministers

— Verfg. u. Mittlg.

Min. f. H. u. V.

Heft 17/56 —

Anweisung Nr. 28/56

Die Anweisung Nr. 28/56 wird den sie betreffenden Stellen gesondert zugestellt.

MITTEILUNGEN

— 5913 —

Berlin, den 20. August 1956

Betr.: 1. Richtlinien für die Aufstellung und Einreichung der Kontrollblätter zum Abschluß per 30. September 1956

2. Bestellung von Kontrollblättern für die Finanzberichterstattung zum Abschluß per 31. Dezember 1956

Zu 1.

Zum Abschluß per 30. September 1956 sind nachstehende Kontrollblätter zu fertigen und den empfangsberechtigten Stellen einzureichen:

A Betriebe

1. Finanzbericht Teil III Einzelhandel
Nachweis über die Umlaufmittelfinanzierung und Kreditdeckung

2. Kontrollblatt H 4

Entwicklung des Direktorfonds, Aufgliederung des übrigen Ergebnisses (Klasse 7) und Nachweis der Verwendung der Mittel für den Arbeitsschutz

Termin für die Abgabe der Kontrollblätter ist der **9. Oktober 1956**.

Es wird darauf hingewiesen, daß nur Neudrucke 1956, die am Schluß dieser Richtlinie noch einmal aufgeführt sind, zu verwenden sind. Der Verteiler ist der Anweisung RW 3/56 (Verfügungen und Mitteilungen Nr. 6/56 S. 58) zu entnehmen. Die Einreichung erfolgt — soweit nicht vom Rat des Bezirkes, Abt. Handel und Versorgung, oder den Verwaltungen HO-Wismut und HO-Vertrieb für ihre unterstellten Betriebe anders bestimmt — in einfacher Ausfertigung, die jedoch ein Original sein muß.

Beim Kontrollblatt „Nachweis über die Umlaufmittelfinanzierung und Kreditdeckung“ ist darauf zu achten, daß der Ausweis grundsätzlich in vollen DM ohne Pfennige erfolgt.

Zusätzlich zur Zeile 1 — Bestände an Handelsware — sind die Planzahlen zum Stichtag 30. September 1956 in der Textspalte einzusetzen.

In Zeile 31 sind zusätzlich die zweifelhaften Forderungen einzusetzen, die mit zu addieren sind.

In Zeile 32 werden als Davon-Position der Zeile 33 überfällige Forderungen an Private eingesetzt.

Im Kontrollblatt H 4 — Aufgliederung des übrigen Ergebnisses (Klasse 7) sind die im Konto 729 — Sonstiger außergewöhnlicher Aufwand — enthaltenen außerplanmäßigen Bankzinsen in der freien Zeile über dem Konto 729 als Davon-Zahl einzusetzen.

B Räte der Bezirke, Abteilung Handel und Versorgung:

1. Finanzbericht Teil III Einzelhandel
Nachweis über die Umlaufmittelfinanzierung und Kreditdeckung

2. Kontrollblatt H 4

Entwicklung des Direktorfonds, Aufgliederung des übrigen Ergebnisses (Klasse 7) und Nachweis der Verwendung der Mittel für den Arbeitsschutz

3. Kontrollblatt H 5

Zusammenfassung der wichtigsten Kennziffern der Betriebe

Termin für die Abgabe der Kontrollblätter ist der **12. Oktober 1956**.

Der Verteiler ist der Anweisung RW 3/56 (Verfügungen und Mitteilungen Nr. 6/56 Seite 58) zu entnehmen. Die

25X1

CONFIDENTIAL

Einreichung an das Ministerium für Handel und Versorgung erfolgt zum Abschluß per 30. September 1956 in einer Ausfertigung, die jedoch ein Original sein muß. Die von den Betrieben eingereichten Kontrollblätter sind wie folgt zusammenzufassen:

Finanzbericht Teil III — Einzelhandel —

Nachweis über die Umlaufmittelfinanzierung und Kreditdeckung. Es wird nur ein Kontrollblatt für alle Handelssysteme gefertigt. Lediglich die Bestände im Soll (Textspalte) und im Ist an Handelsware (Ist. Nr. 1) und die nicht gängigen Bestände (Ist. Nr. 4) sind in einer Anlage nach den vier Handelssystemen aufzugliedern und den Kontrollblättern beizufügen.

Kontrollblatt H 1

Entwicklung des Direktorfonds. Aufgliederung des übrigen Ergebnisses (Klasse 7) und Nachweis der Verwendung der Mittel für den Arbeitsschutz. Es werden alle Handelssysteme auf einem Kontrollblatt abgerechnet.

Lediglich die Davon-Position „außerplanmäßige Bankzinsen“ — Konto 720 — ist nach den vier Handelssystemen auf dem unteren Rand des Kontrollblattes aufzugliedern.

Kontrollblatt H 5

Zusammenfassung der wichtigsten Kennziffern der Betriebe — Handel und Produktion und getrennt nach Handelssystemen — Die Ergebnisse werden ohne die der Agenturpartner-Umsätze abgerechnet.

Auf einem Kontrollblatt ist eine Zusammenfassung der Handelssysteme, unterteilt nach Handel und Produktion sowie gesamt, zu bringen.

Es sind sämtliche Positionen des Kontrollblattes auszufüllen, auch die Angaben über Arbeitskräfte, speziell in der Produktionsabrechnung.

C Verwaltungen HO-Wismut und HO-Vertrieb:

Termin der Einreichung für die bereits im Abschnitt B genannten Kontrollblätter für die Verwaltung HO-Wismut ist der 13. Oktober 1956, für die Verwaltung HO-Vertrieb der 17. Oktober 1956.

Die Unterteilungen nach Handelssystemen kommen für die Verwaltungen HO-Wismut und HO-Vertrieb in Fortfall. Die Kontrollblätter der Verwaltung HO-Vertrieb sind als VVS einzureichen.

Beide Verwaltungen reichen nur eine Ausfertigung ihrer Kontrollblätter an das Ministerium für Handel und Versorgung ein.

Zu 2.

Es wird darauf hingewiesen, daß die Bestellung von Formularen zum Abschluß per 31. Dezember 1956 bis zum 15. Oktober 1956 beim Leitverlag zu erfolgen hat. Die Räte der Bezirke, Abt. Handel und Versorgung, sowie die Verwaltungen HO-Wismut und HO-Vertrieb sammeln die Bestellungen ihrer Betriebe und geben diese geschlossen auf.

Die zentralgeleiteten Betriebe der HO-Gaststätten, HO-Warenhäuser und der HO-Versandhandel geben ihre Bestellung direkt dem Vordruck-Leitverlag, Freiberg (Sachsen), Scheunenstr. 9, auf. Für die Anzahl der zu bestellenden Formulare geben wir den Hinweis, daß der Umfang des Kontrollberichtes per 31. Dezember 1956 dem per 30. Juni 1956 entsprechen wird. Wir geben noch

einmal die gültigen Formularsätze mit den Bestell-Nummern bekannt und weisen bereits jetzt darauf hin, daß zum Abschluß per 30. September 1956 und 31. Dezember 1956 grundsätzlich nur gültige Neudrucke 1956 zu verwenden sind. Kontrollblätter auf alten Formularen werden wegen der damit verbundenen Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung zurückgewiesen.

Kontrollblatt H 1 — Bilanz —

Bestell-Nr.: 820/8988

Kontrollblatt H 2 — Kosten- und Ergebnisrechnung — für Betriebe mit Produktionsabteilungen:

Bestell-Nr.: 820/89910 und 820/89911

für Betriebe ohne Produktionsabteilungen:

Bestell-Nr.: 820/8990

Gemischtbetriebe: außerdem noch das Anschlußblatt.

Bestell-Nr.: 820/89912

Teil III des Finanzberichtes Einzelhandel

Nachweis über die Umlaufmittelfinanzierung und Kreditdeckung.

Bestell-Nr.: 821/8994

Kontrollblatt H 4

Nachweis über die Entwicklung des Direktorfonds mit Aufgliederung des übrigen Ergebnisses (Klasse 7) und des Nachweises der Verwendung der Mittel für den Arbeitsschutz.

Bestell-Nr.: 820/89914

Kontrollblatt H 5

Zusammenfassung der wichtigsten Kennziffern der Betriebe (nur für Abt. Handel und Versorgung bei den Räten der Bezirke und Verwaltungen HO-Wismut und HO-Vertrieb):

Bestell-Nr.: 820/89915

Kontrollblatt H 6

Nachweis über die Entwicklung des Grundmittel- und des Umlaufmittelfonds.

Bestell-Nr.: 820/89916

— Verlg. u. Müllg.

Min. f. H. u. V.

Hef 17/56 —

— 5910 —

Berlin, den 18. August 1956

Betr.: Berichtigung zum Sonderdruck „Mechanisierung des Rechnungswesens“

In der Broschüre „Mechanisierung des Rechnungswesens in den staatlichen Einzelhandelsbetrieben vom 31. Mai 1956“ muß es auf der Seite 11 an Stelle von

„3 Zählwerke B 11 I, davon eins mit hintereinanderliegenden Klarsternen I und II und Wagenrücklaufhebel“

richtig heißen:

„2 Zählwerke B 11/I, davon eins mit hintereinanderliegenden Klarsternen I und II und Wagenrücklaufhebel, 2 Zählwerke B 11/I und II.“

— Verlg. u. Müllg.

Min. f. H. u. V.

Hef 17/56 —

— 3630 —

Berlin, den 18. August 1956

Betr.: Verpackungszuschlag für Bohnenkaffee in Tüten

Der Verpackungszuschlag von —,10 DM bei Bohnenkaffee darf nur dann berechnet werden, wenn es sich um fabrikgepackte, aromafeste Tüten mit einem Inhalt von weniger als 100 g handelt.

— Verlg. u. Müllg.

Min. f. H. u. V.

Hef 17/56 —

Achtung!

An alle Bezieher dieser Hefte!

Ab 1. Oktober 1956 erscheinen die Hefte der „Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Handel und Versorgung“ wöchentlich.

Die „Briefe der Woche“ in der bisher üblichen Form fallen dafür fort, ihr Inhalt wird in das Verfügungsblatt aufgenommen.

Die neue Erscheinungsweise wird dazu beitragen, den umfangreichen Schriftwechsel des Ministeriums mit den Räten der Bezirke und den Betrieben einzudämmen und die Weisungen des Ministeriums in wesentlich kürzerer Zeit bekanntzugeben.

Durch das wöchentliche Erscheinen ändert sich der Bezugspreis: Der Quartalspreis beträgt ab 1. Oktober 1956 2,25 DM, der Hefpreis bei Nachlieferungen 0,25 DM.

Achtung!

CONFIDENTIAL

Berlin, den 23. Juli 1956

Betr.: Berufsausbildung der Jugend im Lehrjahr 1956/57

Das Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung hat eine Anweisung zur Durchführung des Lehrjahres 1956/57 erlassen, die auch für die Ausbildungsstätten des staatlichen Handels volle Gültigkeit besitzt. Die Anweisung hat folgenden Wortlaut:

Anweisung**zur Durchführung der Berufsausbildung der Jugend im Lehrjahr 1956/57**

Auf Grund des § 6 der Anordnung vom 15. Juni 1954 über die Planung und Organisation der Unterrichts- und Erziehungsarbeit in der Berufsausbildung der Deutschen Demokratischen Republik (ZBl. S. 337) wird folgende Anweisung zur Durchführung der Berufsausbildung im Lehrjahr 1956/57 erlassen:

1. Die Vorbereitung, Planung, Organisation und Durchführung des Unterrichts im Lehrjahr 1956/57 hat in den Betriebsberufsschulen, Lehrwerkstätten, gewerblichen, landwirtschaftlichen, kaufmännischen und allgemeinen Berufsschulen und den Lehrlingswohnheimen auf der Grundlage der

Anweisung für die Planung und Organisation der Unterrichts- und Erziehungsarbeit für die praktische Ausbildung der Lehrlinge in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben der Deutschen Demokratischen Republik.

Anweisung für die Planung und Organisation der Unterrichts- und Erziehungsarbeit in den Betriebsberufsschulen der Deutschen Demokratischen Republik.

Anweisung für die Planung und Organisation der Unterrichts- und Erziehungsarbeit in den gewerblichen, landwirtschaftlichen, kaufmännischen und allgemeinen Berufsschulen der Deutschen Demokratischen Republik.

Anweisung für die Planung und Organisation der Erziehungs- und Bildungsarbeit in den Lehrlingswohnheimen der Deutschen Demokratischen Republik für das Lehrjahr 1954/55 und den dazugehörigen Änderungen der Anweisung vom 4. Juni 1953 zu erfolgen. Die Normative der vorgenannten Anweisungen sind einzuhalten. Die pädagogisch-methodischen und organisatorischen Grundsätze sind als Hinweise nach den Bedingungen der Ausbildungsstätten in eigener Verantwortung der Leiter der Ausbildungsstätten sinngemäß anzuwenden.

2. Die Aufstellung des Jahresarbeitsplanes ist zu vereinfachen. Eine starre Übernahme jedes einzelnen Punktes der Anweisung ist zu vermeiden.
3. Der Ausbildung sind die gültigen Lehrpläne zugrunde zu legen. Die Leiter der Ausbildungsstätten haben nach Beratung mit den Methodischen Kommissionen übermäßige Stoffanhäufungen zu beseitigen. Die Anforderungen, die sich aus dem Berufsbild ergeben, sind einzuhalten.
4. Der Umfang der Hausaufgaben ist auf 4 Stunden pro Woche zu begrenzen; für einen Schüler mit durchschnittlichen Leistungen soll sich bei hausarbeitsfreiem Sonnabend und Sonntag sowie einem weiteren Wochentag nicht mehr als täglich eine Stunde Hausarbeit ergeben.
5. Die Ferien in den Berufsschulen für das Lehrjahr 1956/57 werden wie folgt festgesetzt:

a) Betriebsberufsschulen

Winterferien:	Letzter Unterrichtstag	18. 12. 1956
	Erster Unterrichtstag	2. 1. 1957
Osterferien:	Letzter Unterrichtstag	15. 4. 1957
	Erster Unterrichtstag	23. 4. 1957
Sommerferien:	Letzter Unterrichtstag	13. 7. 1957
	Erster Unterrichtstag	2. 9. 1957

b) Gewerbliche, kaufmännische und allgemeine Berufsschulen

Winter-, Oster- und Sommerferien:	wie unter a)	
Pfingstferien:	Letzter Unterrichtstag	3. 6. 1957
	Erster Unterrichtstag	11. 6. 1957

- c) Landwirtschaftliche Betriebsberufsschulen und Berufsschulen sowie landwirtschaftliche Klassen an gewerblichen, kaufmännischen und allgemeinen Berufsschulen
- Zeitlicher Umfang wie unter a) bzw. b). Der Termin der Sommerferien wird durch Anweisungen der Räte des Kreises nach den örtlichen und klimatischen Bedingungen festgesetzt.
- Es ist zu sichern, daß mindestens 14 Tage Ferien vor Beginn der Getreideernte liegen. Diese Bestimmung trifft für alle Lehrlinge und Berufsschüler zu, die in der Landwirtschaft tätig sind.

6. Prüfungstermine

- a) Der Termin für den Abschluß der Zwischenprüfungen ist der 1. Juni 1957.
- b) Die Facharbeiterprüfung I 57 wird in der Zeit vom 17. Januar bis 20. Februar 1957 durchgeführt.
Theoretischer Teil vom 17. 1. bis 6. 2. 1957
Praktischer Teil vom 17. 1. bis 20. 2. 1957
- c) Die Facharbeiterprüfung II 57 wird in der Zeit vom 20. Juni bis 31. Juli 1957 durchgeführt.
Theoretischer Teil vom 20. 6. bis 6. 7. 1957
Praktischer Teil vom 20. 6. bis 31. 7. 1957

Berlin, den 23. Juni 1956

Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung
gez. Wießner
Stellvertreter des Ministers

— Verfg. u. Mittlg. Min. f. H. u. V. Heft 17/56 —

— 4913 —

Berlin, den 16. August 1956

Betr.: Errechnung der Körperschaftssteuer

In der 3. Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die vereinfachte Erhebung der Körperschaftssteuer (GBI. I, S. 49, vom 28. Dezember 1955) ist angewiesen, daß mit Wirkung vom 1. Januar 1956 dem körperschaftsteuerpflichtigen Gewinn keine Aufwendungen sowie Erträge hinzugerechnet werden.

In Übereinstimmung mit dem Ministerium der Finanzen, HA Staatseinnahmen, geben wir bekannt, daß diese Anweisung jedoch nicht für Mehrerlöse gilt.

Diese sind auch weiterhin als Körperschaftssteuer abzuführen. Unter dem Begriff „Mehrerlöse“ sind nicht die Auf- und Abrundungsdifferenzen des EVP und der Einzelhandelsspanne gemäß PVO 395 zu verstehen. Hierbei ist jedoch Voraussetzung, daß sowohl auf- als auch abgerundet wird.

Ständegelder werden der Körperschaftssteuer nicht hinzugerechnet.

— Verfg. u. Mittlg. Min. f. H. u. V. Heft 17/56 —

— 5410 —

Berlin, den 13. August 1956

Betr.: Ergänzung zur Richtlinie über die operative Quartalsplanung 1956

In der Richtlinie zur operativen Quartalsplanung 1956 vom 21. Juni 1956 (Verfg. u. Mittlg. Nr. 13/56, S. 143), sind die Grundsätze für die künftige Operativ-Planung festgelegt. Die Erfahrungen der Praxis haben gezeigt, daß vor allem in der Säule Gaststätten über die vorgesehene Handelsnetz-Erweiterung hinaus Betriebsstätten übernommen werden, so daß es notwendig wird, die Grundsätze der Operativ-Planung in dieser Hinsicht zu ergänzen.

Für die Säule Gaststätten wird deshalb festgelegt:

1. Die Operativpläne für Betriebsstätten, die über die planmäßige Handelsnetz-Erweiterung hinaus eröffnet werden und deren Umsatz in den staatlichen Aufgaben nicht enthalten ist, sind unter Berücksichtigung der individuellen Bedingungen dieser Betriebsstätten in bezug auf Preisstufe, Kosten und Arbeitskräfte aufzustellen, auch wenn sich daraus im Operativplan Abweichungen zu den in den staatlichen Aufgaben enthaltenen Relationen ergeben.
2. Die Finanzierung der Erstaussstattung erfolgt bei Übernahme dieser Objekte aus den im Operativplan ausgewiesenen Kosten. Dabei muß gewährleistet sein, daß diese Objekte noch mit Gewinn abschließen. Eine Schmälerung der im entsprechenden Betrieb geplanten Haushalt-Akkumulation darf nicht eintreten.

Borrmann

Stellvertreter des Ministers

— Verfg. u. Mittlg. Min. f. H. u. V. Heft 17/56 —

— 5910 —

Berlin, den 14. August 1956

Betr.: D-Fonds-Bildung für nicht geplante Dienstleistungen

Das Ministerium der Finanzen ist im Interesse der Erhöhung der Dienstleistungen im staatlichen Einzelhandel und unter Beachtung der materiellen Interessiertheit damit einverstanden, daß auf der Grundlage der effektiv gezahlten Brutto-Lohnsumme für den nicht geplanten Dienstleistungsbereich eine 1/4-prozentige Zuführung zum Direktor-Fonds vorgenommen wird.

In den einzelnen Handelsbetrieben ist für das Jahr 1956 dementsprechend zu verfahren.

CONFIDENTIAL

Berlin, den 14. August 1956

Betr.: Vierteljährliche Abrechnung des Planes zur Entwicklung des Handelsnetzes

Auf der Rückseite des Formblattes WBUB wird vierteljährlich der „Plan zur Entwicklung und Spezialisierung des Handelsnetzes“ abgerechnet. Der dort in Spalte 7 ausgewiesene Umsatz bezieht sich auf die Anzahl der Verkaufsstellen, die am Ende des Quartals vorhanden waren. Daher ist es möglich, daß der in Zeile 000, Spalte 7 ausgewiesene Umsatz gegenüber den Angaben in Zeile 7, Spalte 1, der Vorderseite abweicht.

In diesem Falle ist von allen Berichtspflichtigen eine kurze Erläuterung für die Abweichung zu geben. (Z. B. 1 Verkaufsstelle ist im Verlaufe des Quartals wegen Umbau für längere Zeit geschlossen worden.)

Verf. u. Mittg.

Min. f. H. u. V.

Heft 17/56

— 1360 —

Berlin, den 23. August 1956

Betr.: Preisrecht des Güternahverkehrs mit Kraftfahrzeugen

In der Schriftenreihe zum Karteibuch des Verkehrswesens ist als Heft 3 das Preisrecht des Güternahverkehrs mit Kraftfahrzeugen im VEB Deutscher Zentral-

verlag erschienen. Dieses Werk enthält neben den gesetzlichen Bestimmungen entsprechende Kommentare.

Wie das Ministerium für Verkehrswesen, HV des Kraftverkehrs, mitteilt, sind in diesem Kommentar zahlreiche Widersprüche zu bestehenden gesetzlichen Bestimmungen sowie zum Teil falsche Begründungen und Auslegungen enthalten. Es muß darauf hingewiesen werden, daß dieses Werk nur bedingt anwendbar ist; es hat lediglich Bedeutung als Zusammenfassung bestehender gesetzlicher Bestimmungen.

— Verf. u. Mittg.

Min. f. H. u. V.

Heft 17/56

— 4810 —

Berlin, den 14. August 1956

Betr.: Kunstleder-Werkzeugtaschen

Entsprechend einer Absprache mit dem Ministerium für Leichtindustrie und dem Ministerium für Handel und Versorgung, werden ab IV. Quartal 1956 Fahrräder an Produktion nur noch mit Kunstleder-Werkzeugtaschen geliefert.

Die Handelsbetriebe sind auf diese Abmachung hinzuweisen, damit unnötige Vertragsverfahren wegen nicht vertragsgerechter Lieferung vermieden werden.

— Verf. u. Mittg.

Min. f. H. u. V.

Heft 17/56

MITTEILUNGEN DER VERTRAGSSCHIEDSSTELLE

Das Staatliche Vertragsgericht bei der Regierung der DDR hat folgende Feststellung getroffen:

Grundsätzliche Feststellung Nr. 88/56 vom 10. Juli 1956**Betr.: Behandlung von Anträgen auf Verpflichtung zur Abnahme und Bezahlung sowie zur Lieferung**

1. Das Staatliche Vertragsgericht ist zuständig für Anträge, einen Partner zur Abnahme zu verpflichten. Es hat über den Antrag zu entscheiden und muß, wenn der Anspruch berechtigt ist, zur Abnahme verpflichten. Bei der Prüfung des Anspruches ist besonders darauf zu achten, ob der Vertragsgegenstand genau bestimmt ist und hierüber zwischen den Partnern Übereinstimmung besteht. Die Entscheidungsformel lautet in solchen Fällen:

„Der ... wird verpflichtet, ... abzunehmen.“

2. Ein Antrag, das Bestehen der Abnahmepflicht lediglich festzustellen, ist nur zulässig, wenn der vereinbarte Liefertermin bei Antragstellung noch nicht verstrichen ist und der Empfänger seine Absicht, die Abnahme zu verweigern, unzweideutig kundgegeben hat. Läuft die Lieferfrist vor Beendigung des Verfah-

rens ab oder war sie bereits bei Antragstellung verstrichen, so muß in diesen Fällen der Feststellungsantrag auf einen Leistungsantrag umgestellt und mit dem Schiedsspruch „zur Leistung nach Empfang der Gegenleistung“ verpflichtet werden. Die Entscheidungsformel lautet in solchen Fällen:

„Es wird festgestellt, daß der ... zur Abnahme ... verpflichtet ist.“

3. Verweigert der Besteller trotz der Verpflichtung zur Abnahme die notwendige Mitwirkungshandlung, so ist der Lieferer berechtigt, den Vertragsgegenstand bei sich oder bei einem Dritten einzulagern und Bezahlung zu fordern.

4. Einem Antrage des Bestellers, den Lieferer zur Aufbewahrung des Vertragsgegenstandes gegen eine angemessene Vergütung zu verpflichten, ist zu entsprechen, wenn die Forderung für den Lieferer zumutbar ist. Mit der Begründung des Verwahrungsver-

Ab 3. Oktober 1956 erscheint im Verlag „Die Wirtschaft“ die reich illustrierte Zeitschrift

HANDELSWOCHE

Diese wöchentlich herauskommende Zeitung soll das Organ des Handels werden. Auf ihren acht Seiten wird sie all das bringen, was für unsere Handelsangestellten in den Betrieben und Verwaltungen von Wichtigkeit ist. Stets locker und unterhaltend, wird sie Neues und Interessantes vom Handel in aller Welt, von vorbildlichen Verkaufsstellen und guten Verkaufsmethoden berichten. In den Spalten sollen die Verkaufskräfte selbst zu Wort kommen und von ihren Erfolgen sprechen, sollen Kritik und Verbesserungsvorschläge abgedruckt werden. Daneben aber werden Unterhaltung und Entspannung nicht zu kurz kommen.

Diese Zeitung wird Woche für Woche nicht nur im Handel, sondern auch bei den Warenproduzenten und bei den Käufern mit Interesse erwartet werden.

Noch im September wird allen Direktoren der HO-Kreisbetriebe und den Vorstandsvorsitzenden der Kreisverbände der Konsumgenossenschaften sowie allen Verkaufsstellen des staatlichen und genossenschaftlichen Handels ein Frei-Exemplar der Zeitung zugehen, um die HANDELSWOCHE populär zu machen und für das Abonnement zu werben.

Es ist in unser aller Interesse, diese Zeitschrift durch Werbung und Mitarbeit zu unterstützen, um sie wirklich zu einem Handwerkszeug aller im Handel Beschäftigten zu machen.

Der Bezugspreis beträgt monatlich 0,90 DM bei 13 Ausgaben im Vierteljahr, der Einzelpreis 20 Pfennig.

CONFIDENTIAL

Abnahme ist die Abnahme vollzogen, der Besteller hat sein Rechtsgeld innerhalb der vorbestimmten Frist gezahlt.

Der Besteller ist mit dem Lieferant nach Vereinbarung über die Abnahmeverpflichtung durch die Erfüllung der Übernahme des Vertragsgegenstandes seitens des Lieferanten einverstanden. Eine Verpflichtung des Lieferanten zur Kommissionierung ist nur mit Zustimmung des Bestellers zulässig. Der Besteller ist im Besitz des Vertragsgegenstandes, so hat er alle den Verderb oder die Verschlechterung an dem Gegenstand durchzuführen. Die Kosten hierfür trägt der Besteller. Im Übrigen gelten für die Verwahrung und die Kommissionierung die allgemeinen zivilrechtlichen Bestimmungen (§§ 628 ff. BGB, §§ 383 ff. HGB).

5. Wenn die Umstände des Einzelfalles es erfordern, kann der Besteller, der durch Schiedsspruch zur Ab-

nahme verpflichtet wurde, durch geeignete Maßnahmen (Zwangsgeld gemäß § 23 Verfahrensordnung, Einschaltung des dem Besteller übergeordneten Organs) auch zur Erfüllung des Schiedsspruches gezwungen werden.

6. Aus einem Sammelvertrage zwischen Organen des staatlichen Groß- und Einzelhandels kann ein Antrag auf Verpflichtung zur Abnahme und Bezahlung nicht hergeleitet werden.
7. Das Staatliche Vertragsgericht ist zuständig für Anträge, einen Partner zur Lieferung zu verpflichten. Derartige Anträge sind bis auf weiteres unverzüglich nach Eröffnung des Verfahrens dem Staatlichen Vertragsgericht bei der Regierung zuzuleiten.
8. Die grundsätzlichen Feststellungen Nr. 11 und 12 1954 (Verfügungen und Mitteilungen Nr. 454) verlieren ihre Gültigkeit.

— Vertrag & Maßg.

Min. F. H. u. V.

Herrn ...

UMSETZUNGEN

Achtung!

Umsetzungsanzeigen können in unserem Verfügungsblatt nur nach Beachtung der Anordnung vom 28. Oktober 1954 veröffentlicht werden (über die Abgabe und den Verkauf beweglicher Vermögensgegenstände durch Organe der staatlichen Verwaltung und deren Einrichtungen — ZBl. 4554, S. 544 —).

Außerdem kann die Veröffentlichung nur erfolgen, wenn Platz frei ist. — Die Veröffentlichung in einer bestimmten Ausgabe ist daher nicht möglich; Mahnungen sind zwecklos.

Anträge zur Veröffentlichung sind nur zu richten an:

Ministerium für Handel und Versorgung, Pressestelle, Berlin O 17, Postfach 129.

HO Warenhaus Karl Marx Stadt bietet:

LKW IFA, Typ H 6, 6,5 t, Dieselmotor 120 PS, 5 Ganggetriebe, 6fach bereift, Druckluft-Vierradbremse, mit fester Ladebrücke, Plane und Spiegel, angeschafft Dezember 1955

und sucht

LKW H 3 A, gleichwertig, mit Anhänger.

Hat des Bezirks Dresden, Abt. H. u. V., Dresden N 6, Dr.-Rudolf-Friedrichs-Ufer 2, bietet an:

1 Elektrokarren, vierräderig, ohne Batterie, Marke „Siemens“, 1 1/2 t Ladekapazität, Vollgummi bereift, Baujahr 1936, Bruttowert 4000,— DM, Zeitwert 1111,16 DM, Reparatur des Elektrokarrens und Anschaffung einer Batterie kosten etwa 2000,— DM.

GHK für Textilwaren, NL Langewiesen (Thür.), tauscht

LKW Opel Blitz, 3,6 Liter, Baujahr 1942, fahrbereit, mit Plane und Spiegel

gegen

Framo-Kleinomnibus oder **Kombiwagen**, evtl. auch Pritschenwagen mit Plane und Spiegel

HO Jüterbog bietet an:

1 PKW — Stöwer, 5-Sitzer, generalüberholt, mit Ersatzmotor.

Kommunaler Großhandelsbetrieb Obst und Gemüse, Berlin C 2, Lattenstraße 78—79a, sucht

Elektrokarren-Anhänger mit Auflaufbremse und **Kfz.-Anhänger**, 3 bis 5 t

HO Haushalt-Technik, Dresden-Stadt, Abt. Org. u. Verw., Dresden A 20, Caspar-David-Friedrich-Str. 8, tauscht

LKW SIS, 4 t, mit Hänger 2,5 t, beide mit Plane und Spiegel, fahrbereit,

gegen

LKW Phänomen mit Plane und Spiegel, 2 t, fahrbereit, möglichst Baujahr 1955

GHK für Haushaltswaren, NL Stendal, tauscht

Zugmaschine, Primus Diesel,

gegen

PKW oder **Kombiwagen**, einsatzbereit

und sucht

Holzwellpresse

HO Lebensmittel Jena, Markt 7, sucht:

Heißmangel.

GHK für Haushaltchemie, NL Karl-Marx-Stadt, Schloßstraße 14, sucht

Telefonanlage, automatisch, 5/25 oder 5/40

Wärmelieferungsanlage und

Sprechanlage für Büro

HO-Gaststätten Rangsdorf sucht:

1 Fahrradständer für etwa 10 Fahrräder, möglichst überdacht.

HO Industriewaren Merseburg benötigt dringend eine **Verkaufsbaracke**, etwa 300 bis 400 m², geeignet für Möbelverkauf. Der Betrieb bittet, auch verständigt zu werden, wenn eine derartige Baracke, die nicht dem Handel gehört, ungenutzt herumsteht

HO Industriewaren Grimma, Paul-Gerhardt-Str. 9, benötigt dringend

1 Vermittlungseinrichtung (auch Klappenschrank) für 30 oder mehr Vermittlungsmöglichkeiten

GHK für Kulturwaren, NL Sportartikel Schwerin, Am Güterbahnhof, sucht

Flaschenzug, elektrisch, 500 kg Tragfähigkeit

HO-Gaststätten Schwerin-West, Ernst-Thälmann-Str. 6, sucht

2 Kühlschränke à 1000 Liter

GHK für Lebensmittel, NL Veltens, Berliner Str. 8, sucht: **1 vertikale Schmutzwasserpumpe**, 1,5 kW, Stundenleistung 10 cbm, Ansaughöhe 2,45 m.

GHK für Möbel, NL Dresden N 23, Wilder-Mann-Str. 29, sucht

Bürobaracke, 70 bis 100 m²

HO-Gaststätten Riesa, Ernst-Thälmann-Straße 65, sucht: **1 Baracke**, Holz, gut verschließbar, etwa 3 x 6 m.

HO Lebensmittel Wernigerode, Ilseburger Straße 70, gibt ab:

1 neuen Fischbratofen.

HO Lebensmittel Zwickau-Stadt, Werdauer Straße 7, bietet an:

1 Pfannkuchen-Backautomat, Stundenleistung bis zu 900 Stück

HO-Gaststätten Wurzen Oschatz, Wurzen, Platz der DSt 13, bietet an:

1 Gaskochkessel, 150 Liter

HO Lebensmittel Gotha hat abzugeben:

300 Kassenblockdeckel mit Mechanik,

196 kg Wachsappler, rot sat. h'frei,

120 Block Sammelieferscheine 820/239,

19 Block Sammelieferscheine 820/240.

HO Industriewaren Zwickau-Land bietet an:

1 eiserne Schrotteiler, anlegbar, nicht mechanisch, zum Auf- und Abladen von 200-l-Fässern geeignet, 3 m lang, Spurweite 75 cm, Bruttowert 87,50 DM, Wertberichtigung 3,07 DM.

GHK für Schuhe und Lederwaren, NL Angermünde, Arneburger Straße 37, gibt ab:

Kisten, Stückpreis 10,— DM.

CONFIDENTIAL